



derselbe Grundfatz. (Nachen Anka.) Auch der fächsische Minister Lipinski vertritt diesen Grundfatz. (Heiterkeit.)

Ich wäre nicht in der Lage, eine Regierung länger zu führen, die ein Streikrecht der Beamten anerkennt.

Die Reichsregierung ist entschlossen, alle Konsequenzen zu ziehen, die sich aus der besonderen Stellung dieses Standes ergeben. Die Reichsregierung anerkennt auf der anderen Seite aber auch die Pflicht des Staates, in der Fürsorge für seine Beamten innerhalb der Grenzen des Möglichen alles zu tun, was in ihren Kräften steht. (Beifall.) Die Regierung hat der Beamtenschaft durch ihre sachliche Erledigung der Beamtensforderungen keinen Anlaß gegeben, der Regierung ihr Vertrauen zu kündigen und sich zum Aufrechterhalten hinreichend zu lassen. (Großer Lärm bei den Komm. und Unabhängigen. Zurufe: Oberscharsmacher!) Der Streik, der die Regierung und die Desfentlichkeit eine Woche lang in Atem gehalten, Handel und Verkehr aufs schwerste gefährdet hat, ist zu Ende. Wir sind seiner Herr geworden, gestützt auf die unzweideutige Erklärung aller Schichten des Volkes, auch der Gewerkschaften, daß sie mit ihm nicht einverstanden sind. Allen denen, auf die wir uns in der Abwehr stützen konnten, spreche ich unsern Dank aus. (Beifall.)

Der Dank gilt insbesondere der Technischen Rothhilfe.

(Beifall. Zurufe: Kommunistische Zusage: Streikbrecher! — Pluaise rechts.) Sie nennen die Streikbrecher, die die Berliner Krankenhäuser mit Licht und Wasser versorgt haben. (Beifall. Zustimmung bei der Mehrheit.) Leider haben infolge des Beamtenstreiks zahlreiche Mitglieder ihr Leben verloren, ein Umstand, den sich diejenigen in ihr Gewissen schreiben sollten. (Erneuter großer Lärm bei den Kommunisten und Unabhängigen. — Der Präsident bittet, den Reichstanzler aussprechen zu lassen.) Ich danke insbesondere den Gewerkschaften aller Richtungen für die sachliche und ruhige Art, in der sie mit uns beraten haben. In den Gewerkschaftsvereinen habe ich in den kritischen Stunden Männer gesehen, die die Interessen des Staates und der Gesellschaft über alle Sonderinteressen gestellt haben. (Beifall.) Mit der Beendigung des Streikes ist die Verordnung des Reichspräsidenten gegenstandslos geworden. Damit wird aber nicht das Streikrecht der Beamten wieder frei. Wer es mit dem deutschen Volke gut meint, der darf nicht leichtfertig auf dem Wege zur Arbeit Hindernisse für Staat und Gesellschaft aufrichten. (Beifall.)

### Eine Geschäftsordnungsdebatte.

Präsident Loh: Von mehreren Parteien ist der Wunsch geäußert worden, die Beratung jetzt abzubrechen. Ist das Haus damit einverstanden? (Stürmische Protestrufe der äußersten Linken.)

Abg. Ledebour (U. Soz.) bittet dringend, dieser Anregung nicht Folge zu leisten: Damit die Wahrheit einwandfrei ans Licht kommt, müssen auch Vertreter der Arbeiterschaft sprechen. (Kommunistische Zusage.) Wie haltet das Haus? (Schallende Heiterkeit.) Als die Regierung nach Stuttgart floh, hat man den Beamten das Streikrecht zugestanden.

Abg. Koenen (Komm.): Um festzustellen, daß hier eine Scharsmacherrede gehalten worden ist, müssen wir sofort in die Besprechung eintreten. Es liegt ein völliger Bruch mit der früheren Handhabung bezüglich des Beamtenstreikrechts vor.

Abg. Adoff Hoffmann (Komm.): Im Reichstagsrat konnte die Rechte die Ausdrücke gar nicht abwarten. Heute traust sie. Stinnes hätte nicht anders reden können als der Reichstanzler.

Abg. Dr. Steffemann (DVP.): Auch wir wollen die Rede des Reichstanzlers nicht unentschieden lassen. Über die Fraktionen müssen erst Stellung nehmen.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Wir sind bereit, auch heute zu diskutieren. Erst im Laufe der Sitzung sind verschiedene Parteien an uns herangetreten und haben den Wunsch geäußert, zu der Rede des Reichstanzlers erst in den Kronenreden Stellung nehmen zu wollen. Uebrigens liegt das im Interesse des Abg. Koenen selbst, wenn seine Rede nicht gleichzeitig mit der des Reichstanzlers erscheint. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Adoff Hoffmann (Komm.) und Abg. Borch (Komm.) sprechen nochmals für sofortigen Eintritt in die Besprechung.

Abg. Dittmann (U. Soz.): Fortwährend laufen aus dem Reichstagsgebäude über Massenmarchierungen ein. Findet eine Besprechung nicht sofort statt, dann werden die Beamten verhindert, ihren Dienst sofort wieder aufzunehmen.

Der Antrag, sofort in die Besprechung einzutreten, wird gegen die Stimmen der Kommunisten, Unabhängigen und eines Teiles der Deutschnationalen abgelehnt.

Freitag 1 Uhr: Besprechung der Regierungserklärung und des kommunistischen Antrages auf Einstellung der Disziplinar- und Strafverfahren; Reichsmittelegeß. — Schluß gegen 5 Uhr.

## „Festigung des Kapitalismus“.

In ihrem vorausgehenden Rachegefang über die Beendigung des Streiks entrüstet sich die „Rote Fahne“ besonders darüber, daß die Rentabilität der Betriebe — sie setzt das Wort beziehungsweise in höhnische Gänsefüßchen — wiederhergestellt werden soll. Sie meint dazu:

Das Tragische und ungemün Bittere an dieser Tatsache liegt für die Beamten und die Arbeiterschaft darin, daß es sogenannte Arbeiterführer waren, die zur Festigung des Kapitalismus und zu dessen Triumph beigetragen haben.

Festigung des Kapitalismus — in diesen drei Worten liegt die ganze Schwindelmethode der Kommunisten zutage. Sie haben den Arbeitern einen Streik gegen den Kapitalismus vorgelogen, der in Wirklichkeit ein Streik gegen den Sozialismus war.

Kapitalismus bedeutet nach Karl Marx, dessen Lehren angeblickt auch für die KPD. grundlegend sind, das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Er bedeutet, daß auf Grund dieses Privateigentums eine kleine Gruppe von Einzelpersonen den Gesamtüberschuß in ihre Tasche stecken läßt.

Wir fragen nun: Wer und wo sind die Privateigentümer der Eisenbahn, der Straßenbahn, der Gas- und Elektrizitätswerke? Wie heißen die Privatpersonen, die den in diesen Betrieben erzeugten Mehrwert einstecken? Die „Rote Fahne“ nenne uns einen einzigen Kapitalisten, der Ruhmher der dieser Betriebe ist, und wir wollen uns geschlagen erklären.

Es gibt auch nicht einen. Selbst wo diese Betriebe — die meisten arbeiten bisher mit Defizit — Ueberflüsse abgeworfen haben, sind diese Ueberflüsse der Volksgemeinschaft zugute gekommen. Sie haben sich durch Erleichterung der staatlichen und städtischen Steuerlasten bemerkbar gemacht, genau wie umgekehrt die leider weit größeren Fehlbeträge durch die Steuern aller, auch der Arbeiter gedeckt werden mußten.

Nichts hat zur Festigung des Kapitalismus bisher so beigetragen, als gerade diese Fehlbeträge, als der Hinweis: die sozialisierten Betriebe arbeiten mit Unterbilanz zu einer Zeit, wo Privatbetriebe ungeheure Gewinne abwerfen. Und wo man daran geht, diesen Uebelstand zu beseitigen, wo man die Betriebe der Allgemeinheit wenigstens so weit rentabel machen will, daß sie sich selber tragen, redet die „Rote Fahne“ von einer „Festigung des Kapitalismus“. Nichts kann in Wirklichkeit den Kapitalismus mehr schwächen als die Rentabilität der sozialisierten Betriebe.

Das ist das Verbrechen der Kommunisten, daß sie statt des kapitalistischen Systems den Arbeitern den Betrieb als solchen als ihren Feind hinstellen, auch wenn der Betrieb ein nichtkapitalistischer ist. Mit solcher Methode lassen sich wohl unheilvolle Streiks entfesseln. Wie aber will man jemals mit einer Arbeiterschaft den Sozialismus aufbauen, die verlernt hat, zwischen dem Betrieb als solchem und der kapitalistischen Betriebsform zu unterscheiden, die auch in gemeinwirtschaftlichen Betrieben einen „kapitalistischen“ Feind sieht?!

### Die Grundlagen der Disziplinierung.

In der Regierungserklärung zum Eisenbahnstreik vom 7. Februar war mitgeteilt worden, daß die Reichsregierung beim sofortigen Abbruch des Streiks von Massendisziplinarverfahren und Massenentlassungen absehen werde. In den gestern betanntegebenen, vom Kabinett aufgestellten Richtlinien für die Disziplinierung der Eisenbahnbeamten, die sich am Streik beteiligt haben, wird ausgesprochen, daß das förmliche Disziplinarverfahren nur gegen die Führer und Urheber des Streiks sowie gegen Saboteure Anwendung finden sollte. Im übrigen würden nur Ordnungsstrafen zur Anwendung kommen.

Nach dem Reichsbeamtengesetz kann, wie uns von maßgebender Seite mitgeteilt wird, eine Pflichtverletzung des Beamten ge-

ahndet werden 1. durch Ordnungsstrafen und 2. durch Ent-

fernung aus dem Amte. Die Ordnungsstrafen werden im Verwaltungswege durch die Behörden verhängt, bei welcher der Beamte Dienst tut. Der Beamte hat das Recht, daß er vor der Verhängung einer Ordnungsstrafe gehört wird und daß die Strafe schriftlich begründet wird. — Er hat weiter ein Beschwerderecht bei der nächstübergeordneten Behörde bis zur obersten Reichsbehörde bzw. bis zum Reichskabinett. Als Ordnungsstrafen können verhängt werden: 1. Warnung, 2. Verweis, 3. Geldstrafe bis zur Höhe eines Monatsgehaltes.

Zwecks Entfernung aus dem Amte muß ein Disziplinarverfahren anhängig gemacht werden. Dieses Disziplinarverfahren wird durch das Reichsbeamtengesetz geregelt. Es ist dem ordentlichen richterlichen Strafverfahren nachgebildet und mit allen Formalitäten und Kautelen versehen. Das Disziplinarverfahren wird geführt vor Disziplinarkammern, die in Provinzen bzw. Ländern ständig eingerichtet sind. Ihnen übergeordnet als Appellationsinstanz ist der Disziplinardienst in Leipzig. Die Mehrheit des Gerichtshofes besteht in beiden Fällen aus Richtern. Das Disziplinarverfahren ist ein mündliches, öffentliches und kontraddiktorisches Verfahren, das auch Zeugenvernehmungen zuläßt. Die Anklage wird erhoben und vertreten durch den Staatsanwalt. Der Beklagte kann sich durch einen Verteidiger vertreten lassen.

Bemerkenswert ist, daß nach der Regierungserklärung vom 7. Februar die Reichsregierung nur auf die Angängigmachung von Disziplinarverfahren und auf Massenentlassungen verzichtet hat, aber bezüglich der Verhängung von Ordnungsstrafen keinerlei Bindung eingegangen ist.

### „Ein deprimirendes Merkzeichen“.

In der Abendausgabe der „Freiheit“ vom Donnerstag lesen wir unter der Ueberschrift „Randbemerkungen zur Streikbewegung“ u. a.:

„Als am Sonntag trotz des Streikes der städtischen Arbeiter in einem großen Teil der Stadt die Wasserversorgung funktionierte, war überall, zunächst noch schüchtern, das Wort: Technische Rothhilfe zu vernehmen. Als am Dienstagabend, also noch vor der Wiederaufnahme der Arbeit, das elektrische Licht auf allen Straßen Berlins wieder brannte, wurde das gleiche Wort in weiten Kreisen der Bevölkerung schon lauter und schließlich im Tone der Befriedigung ausgesprochen. Am Montag kündigte Herr Böhm an, daß er im Laufe von 24 Stunden mit Hilfe der Technischen Rothhilfe auch die Gaswerke in Betrieb nehmen werde. Viele hielten das zunächst für einen Bluff zur Einschüchterung der Streikenden, gestern abend glaubte man es bereits.“

Und dieses ist eines der deprimirenden Merkzeichen dieses Streiks. Die Technische Rothhilfe, die bis vor kurzer Zeit noch aus einem hilflosen Häuflein von Vuschern bestand, ist durch diesen Streik endgültig auf die Beine gestellt worden. Sie hat sich in den Augen weiter Kreise der Bevölkerung als brauchbar erwiesen.

Wir haben die Technische Rothhilfe seit dem ersten Tage ihrer Existenz auf das heftigste bekämpft. Wir werden auch jetzt nicht unterlassen, sie als eine organisierte Garde von Arbeitswilligen zu betrachten und entsprechend zu behandeln. Aber wir dürfen uns auch nicht darüber täuschen, daß durch die jüngste Bestimmung dieser Organisation der gesamten Berliner Arbeiterbewegung ein außerordentlich schwerer Schaden zugefügt worden ist. Die Idee der Technischen Rothhilfe hat heute in viel weiteren Kreisen Sympathie als zuvor, und der Kampf gegen sie, den die Gewerkschaften trotz allem nicht unterlassen dürfen, ist dadurch außerordentlich erschwert worden.“

Die Erklärung eines unabhängigen Stadtrats: „Wir können uns glücklich preisen, daß wir eine Technische Rothhilfe haben!“ steht im Widerspruch mit der beharrlichen Kampfparole der „Freiheit“ an die Adresse der Rothhilfe, die „sich in den Augen weiter Kreise der Bevölkerung als brauchbar erwiesen hat“.

Reichsminister a. D. Dr. Heinze ist zum deutschen Schiedsrichter am deutsch-polnischen und deutsch-tschechoslowakischen genutzten Schiedsgerichtshof ernannt worden.

## Trauer und Streik.

Konzertstudschau von Kurt Singer.

„Auch das Schöne muß sterben, das Menschen und Götter bezwinget.“ Arthur Nikisch ist tot. Der reinste Quell unseres musikalischen Erlebens ist verstopft, die größte Offenbarung hymnischen Orchesterklangs verstummt. Aber wo immer wieder Rausch, Kampf und Beglückung der Töne unser Herz trifft, wo Kunst die Niederungen unseres Daseins übersteigt, seine Nüchternheiten vergessen macht, wird Nikischs Name in Dank und Ehrfurcht genannt sein. Die Schillerische Klage, daß das Schöne vergeht, daß das Vollkommene stirbt, wird entkräftet durch das Gefühl, Leben und Wirken des größten europäischen Musikanten müsse noch in Jahrzehnten den Wissenden wichtigste Erinnerung sein. Es bedarf zur Beträufung solcher Gelegenheiten keiner Latenzzeit. Eine einzige hätte es gegeben, würdig des Namens und der Personlichkeit Nikischs: als er, tot, im Säckchen erfüllt, mußte die Musik stumm werden, mühen Philharmonie und Gewandhaus den Alltag abbrechen, halbmost fliegend in den Großtempeln seiner Kunst. Aber es blieb laut wie sonst, das Leben; es trauerte mit Posaunen und Fanfaren. Die Suche nach dem Nachfolger gierende durch Deutschland. Einer der drei Berliner Präsidentsen, Kurt Wängler, nicht nur der jüngste, sondern auch der begnadetste unter allen, leitete die Erinnerungsfest. Er dirigierte die Ersta und begleitete Raab-Brodmann zu den vier ersten Gefängen von Brahms. Ich gefiel, daß hier vor allem, und später, nur noch im Trauermarsch der Sinfonie etwas von Besessung im Leid zu fühlen war. Hier war unterdrückte Träne im Auge des Empfanglichen. Die Ränke, nicht die härteste Eingebung Brahms, ließ Rüttel mit seinem Chor weiblich ausströmen. Hier hätte man — aus Gründen persönlicher Freundschaft und jahrzehntelanger künstlerischer Zusammenarbeit — Ochs am Pult gewünscht. Die Philharmoniker standen stumm und erarrillen beim Klängen des Choralis „O Welt, ich muß dich lassen.“ Sie fühlten, welche magische Kraft von ihnen gewichen war. —

Die Tage des Streiks zeigen, welche Wärme stark genug sind, um uns auch bei Ueberwindung maßloser äußerer Schwierigkeiten noch anzuleben. Ehrlich gestanden: wenige. Die Säfte sind kalt und leer, das Fleisch ist schwach, der Geist ist müde. Gustav Drecher ist ein Musiker von eigenem Gesicht; er schreibt eine geistreiche, eine gute Feder, er steht literarisch und psychologisch seinen Mann. Hätte er doch Nikisch, dessen Welensart er so schön und so tief erkannte, ein wenig von der Grazie, der Sicherheit, der bewegten Ruhe zweier Hände abgesehen! Dieses Schicksal der Arme, diese Weichheit der Handführung läßt uns nie bei ihm sicher werden. Am Volksoperkonzert holt er alle Humore, alle Unbedenklichkeiten, alle grotesken Witzeln der Petrusfisch-Länge von Strawinsky aus dem gutgeputzten Orchester heraus. Die Musik, überreich an Farben und Entzifferungen, genial in der instrumentalen Komposition, streift die Grenzen des feinen Geschmacks. Im Augenblick läßt sich doch Mäxchenkunst, und das Lachen über eine höchst gelungene Reiterkutschen-Imitation muß schreien. Den Russen Kochmannoff erlebte der Balte Erdmann gläubig und groß; Scetablines Moorermuß hat mit gleicher Ehrlichkeit und gesichertem Silbgefuhl Schulmann. Des Russen Vater, Chopin und Schumann, stehen uns näher; aber nicht, wenn ein Pepito Arriola ihnen eine

Steißigkeit und Härte verleiht, die den heimlichen Bauher „aufällig macht. Niska Elman's Weigentun hat ein Zufalls-Rebengetränk bekommen, das in einer Partiti von Bach die Beiseitheit verdeckt. Und seine unaufrichtige machtschade Kämpferstellung erinnert peinlich an einen Arie, den der brillante Spieler doch wahrhaftig nicht mit seinem Instrument und mit den Augen des Publikums zu führen braucht. Ab'eits der Heerstraße vertieft sich Heinrich Michaelis in Klang und Wesen Stormlicher April, ein weicher und behagter Sprecher, dem Gultmann, Schröder, Bringsheim musikalische Helfer sind. S. Hemann ist ein neuer Name; doch erfüllt, was er sagt, noch keine kleine Sehnsucht. Die große sinfonische Dichtung „Dantons Tod“ ist nicht ungeschickt gemacht, aber vorerst nur im breiten Auswahlen milder oder groß bengalisch beleuchteter Neuheitlichkeiten, ohne rhythmische Ueberechtung, in den Modulationen und in manchem Bläserpaß mehr begabt-dilettantisch, als künstlerisch ernst. Viel Nikisch auch in den Liedern, die ebenfalls nur eine schwerblütige, melancholische Art haben und bei allen tonmalterischen Bewussten im Keim der Dichtung nicht verwurzelt sind. Lober aus Gera bewährte beim Dirigieren der sinfonischen Dichtung seinen Ruf, ein bezwingender, temperamentvoller, musikalischer Stabwart zu sein.

Der gereizte Intendant, Max von Schillings hat — vgl. die Mitteilung im politischen Teil — sehr Unerfreuliches über die Musikkritik gesagt. Nach dem Bericht, dessen Genauigkeit nachzuprüfen bleibt, erklärte er, die Berliner Presse erschwere es ihm, gute Kräfte an sein Institut zu ziehen. Nun, das heißt doch, dem Unmut erpöpsen und ohne rechte Tatsachensätze Luft machen. Es wurde oftmals auf die Zerlegung des Ensembles, auf die Kompetenzschwierigkeiten bei Kollabesezung und Koordinationenwahl hingewiesen; es wurde eine Richtung in Sachen musikalischer Vorwärtsentwicklung vermischt, es wurden Bedenken laut gegen einen dauernden Wandel an ersten Dirigenten, an Regietaten, an klar und einheitslich bestimmtem Geschmack. Das Gute und das Strahlende wurden mit Lob überschüttet. Aber unzählige Opern sind fast nur mit Gästen aufführbar. Wir haben, wo es ging, nach guten Kräften gefähren. Solisten, die nicht bloß Erfolg, sondern vollwertiger Besitz werden sollten; wir riefen laut nach dem neuen Geist und plädierten für Entlastung des Intendanten, der volle Verantwortung tragen, aber dafür, auch allein über alles künstlerische entscheiden sollte. Wir trauen ihm auch heute noch alles zu, was wir bei seinem Engagement an seiner Person grühten. Doch er die schwierigen Verhältnisse der Oper, ihrer Betriebsräte, ihrer Eitelkeiten und Einspruchsrechte lokal überwunden hat, ist kein historisches Verdienst. Ein Verfall der Oper ist noch nicht da, aber die Anfänge schreien uns. Ohne Animosität und ohne den Anlagereifer groß überzunehmen, werden wir Schillings in seiner Arbeit objektiv weiter verfolgen, das Neue und Bestehende preisen, das Halbe kritisieren. Denn dazu sind wir letzten Endes da.

Minister-Architektur und „Proleten“-Architektur. In der Januar-Ausgabe von Paul Westheims „Kunstblatt“ lesen wir: „Selection“, die belletrische Zeitschrift, ruft aus zu einem Protest wider einen Vorfall, den sie als „architektonischen Bandaitismus“ bezeichnet. In Brüssel, in der Avenue Louise, steht ein Privothaus, erbaut von Horta, der neben von de Bourse und Otto Wagner Wegbereiter der

neuen Baukunst war. Hortas erste Bauten sind historische Dokumente dieser neuen Bauempfindung. Die Villa in der Avenue Louise erhielt einen neuen Besitzer. Der fand wenig Gefallen an der hortaischen Fassade, aber die er als Besitzer das Verfügungswort erworben hatte. Er bestellte sich also einen Akademiker, ein Mitglied der Isl. Kommission des Bauwesens, und ließ den Horta-Bau — seinem Geschmack anpassen. Dieser Mann, der einer geistig-künstlerischen Leistung so eigenartiges Verständnis entgegenbrachte, ist der Baron Descomps-David, der — ehemalige Minister für Kunst und Wissenschaft. Böse Jungen behaupten, wie „Selection“ noch bemerkt, daß dem Herrn Exminister die Gleichartigkeit seiner Villa mit der Architektur des Brüsseler — sozialistischen — Volkshauses, der großen Leistung Hortas, auf die Nerven gegangen sei. — Dieser Baron hat die Tendenz unserer Zeit richtig erkannt: für das sozialistische Proletariat ziemt sich das baukünstlerische Werkstück und der kulturell zurückgebliebene Adel mag sich mit akademischem Niksch begnügen!

Potsdamstel. Der Potsdamer Magistrat hat „Künstlerisches“ Rotgeld herausgegeben. Darunter eine fünfzig-Pennig-Serie von sechs Stücken, auf denen je ein Vertreter der früher in Potsdam untergebrachten Garde-Regimenter abgebildet und eine Verszeile zu lesen ist. Die Zellen ergeben zusammen folgendes geistreiche Gedicht:

Soldatenbildo? Haste Worte???  
Det is ja freche Reaktions!!!  
Kof schnell een Ding  
Bon jede Sorte  
Und steh et in —  
Weh sind se schon.

Weh sind se schon — die prunkvollen „Boddenflecker“, „Nachtbade“ und „Strippengungens“, denen die Potsdamer Kommunalverwaltung offenbar schmerzlich nachtrauert. Aber der Vordegeist geht, wie es scheint, noch immer um und hat in Potsdam seine bleibende Stätte gefunden. Dieser Geist, der uns in der ganzen Kulturwelt beliebt gemacht und nicht zuletzt bewirkt hat, daß wir jetzt in die Notwendigkeit verkehrt sind, Rotgeld drucken zu lassen.

Dhanassische Porzofische. Die Briefmarken in Sowjetrußland werden bis zu je 1000 Rubel hergestellt. Unerlel Symbale der Freiheit und Gleichheit trägt der phantastische Druck und zeigt den weißen Sowjetlern im Wirtelsede. Ein Brief von Petersburg bis Kopal (Estland) kostet heute 10000 Rubel Portol. In normalen Zeiten war ein Rubel etwa 2,20 M. wert.

Gurnanna durch den Reichspräsidenten. Der Reichspräsident hat die VPR. hören, den außerordentlichen Professor an der U.berhelt Berlin, Dr. Gustav Wagner, zum Mitglied der Historischen Kommission für das Reichsarchiv ernannt.

Märkliche Vorträge. Das Sternberger Land, die Landeshäuser um Frankfurt, Krollen, Looson, das Weindland der Kart und die reitenden Läder der Pleksle, Arieel und Glana wird Oskar Balle an Hand von 110 Künstlerbildern in natürlichen Farben in einem, mit mehreren Erinnerungen gedruckten Vortrage am 11., abends 8 Uhr, im Sdrinal des Kunharewemuseum, Pring-Albrecht-Strasse 7a, Abenden, Karten zu 4,50 und 3,50 M. an den Konzertsälen Westheim, Boie u. Bod upo, und der Abendballe.

# Ein alldeutscher Held.

## Schiele bekenn sich jetzt als Führer.

Der „Reichswart“ des Grafen Reventlow veröffentlicht ein langes Schreiben des freigesprochenen Kappisten Schiele an den Herausgeber. Dies Schreiben hat folgende Vorgeschichte: Wie wir in Nr. 610 des „Vorwärts“ vom 27. Dezember 1921 mitteilten, hat Graf Reventlow den Kappisten ihr unmännliches Verhalten vorgeworfen, das er sowohl in ihrer Flucht als in der Art ihrer gerichtlichen Verteidigung erblickte.

Gegen diese Vorwürfe sucht sich nun Dr. Schiele zu verteidigen. Seine Abwehr ist äußerst matt. Herr Schiele, der fortgesetzt über den „deutschen Ordnungszustand“ schimpft, der nur solche Gegenrevolutionen gutheißt, die mündelicher Vorbereitungen bedürftig sind, bemerkt nicht, daß er sich selber als Typ erster Ordnung dieses Phylisteriums zu erkennen gibt. Denn sein Hauptargument, mit dem er sein Verhalten entschuldigt, lautet: „Ich bin Familienvater und habe an meine sechs-köpfige Familie zu denken.“ Sehr zutreffend bemerkt Reventlow in seinem Nachwort hierzu, daß man sich zu etwas eigentlich vorher überlegen müsse. Das Erstaunliche an Schieles Rechtfertigung ist jedoch nicht sein Bekenntnis zu deutschem Mannesmut, gemildert durch Familienrücksichten, sondern der Hygnismus, mit dem dieser Herr gesteht, das Reichsgericht bezogen zu haben. Er schreibt:

„Seine innersten Pläne wird jeder für sich behalten haben. ... Wir hätten natürlich auch sagen können: Jawohl, wir wollen Führer gewesen sein. Dann müßte das Gericht verurteilen; ich muß auf fünf Jahre im Gefängnis und wurde auf 300 000 M. Gerichtsosten für alle Zeit mit meiner sechs-köpfigen Familie ruiniert. Ich hätte mich zwar vollkommen auf diese Möglichkeit eingestellt, aber die Aussicht, dann bei einer Partei, die uns politisch und moralisch im Stich ließ und deren Presse uns beschimpfte, betteln zu müssen (gemeint ist die deutschnationale Partei. Red. d. B.), war keineswegs angenehm. Ich ziehe die Freiheit vor. Ich bin mir zwar bewußt, vieles verschwiegen zu haben, aber nichts gesagt zu haben, was einer Verleugnung des Unternehmens gleichkäme.“

Herr Schiele bekenn sich mit diesen Zeilen unzweideutig, daß er tatsächlich Führer gewesen ist, das Gericht aber aus „Liebe zur Freiheit“ und Angst um seine hochbedeutende Person beschwindelt hat. Wir machen den Oberreichsanwalt darauf aufmerksam, daß ein derartiges Geständnis eines freigesprochenen Angeklagten den Grund zu einem Wiederaufnahmeverfahren bietet.

Noch um einer persönlichen Sache willen müssen wir den Brief des Herrn Schiele zitieren. In Leipzig hatte ein Zeuge der Kappisten Seite Genossen Ulrich Kauscher durch den Vorwurf feigen Benehmens lächerlich zu machen gesucht. Genosse Kauscher sah damals als deutscher Gesandter in Tiflis — er befindet sich jetzt auf der Heimreise — und konnte sich nicht verteidigen. Schiele schreibt:

„Was übrigens die Aussage über Herrn Ulrich Kauscher anbelangt, so habe ich es für meine Pflicht, zu bezeugen, daß mir von einem würdelosen, angstvollen Benehmen seinerseits nichts bekannt ist. Ich weiß aus meiner Begegnung mit ihm nichts davon, und halte es für meine Pflicht, dies zu bezeugen. Ich weiß, wie wehe es tut, als Abwesender wehrlos beschimpft zu werden.“

Wir registrieren diese Richtigstellung als den einzig sympathischen Zug des Schiele'schen Schreibens, das im übrigen beweist, daß das würdelose angstvolle Benehmen ganz allein auf Seiten der Kappisten in Leipzig war.

In seinem Nachwort bekenn Graf Reventlow freimütig, daß er keineswegs prinzipieller Gegner des Kapp-Unternehmens war:

„Ein Gewaltstreik, der in meinen Augen dauernden Erfolg verspricht, hätte mich zum Anhänger gefaßt. ... Das Recht der Gegenrevolution muß betont und aufrechterhalten werden. ... Es gab im Jahre 1919/20 Nationale genug, die von der Unsichtbarkeit eines solchen Unternehmens überzeugt waren und es nur deshalb mißbilligten, weil sie eben grandföhllich nichts dagegen hatten, die aber nachher entsetzt waren über die unvollkommenen Vorbereitungen usw. usw.“

Aus diesen Zeilen ist klar ersichtlich, welcher Art die „Gegnerschaft“ der Deutschnationalen gegen das Kapp-Unternehmen gewesen ist.

# Der dreiprozentige Dertter.

Dem sozialdemokratischen Parlamentsdienst wird aus Braunschweig gedeutet:

Dem ersten Fall Dertter folgt jetzt ein Ständal Dertter. Dem Braunschweiger „Vollstreckend“ ist ein Schreiben zugeandt worden, das von Dertter geschrieben und an einen Braunschweigischen Großfabrikanten gerichtet ist. Aus allgemeinem politischen Interesse lassen wir den Brief im Wortlaut folgen:

„Dertter Herr Demmel Sie werden sich der Ueberzeugung nicht verstellen, daß ich mich jederzeit bemüht habe, in Bremen und dem Interesse Ihres Betriebes tätig zu sein. Es ist mir nun ein Bedürfnis, die Beziehungen, welche mich mit Ihnen verbinden, zu dauernden für Gegenwart und Zukunft zu machen. Ich schlage Ihnen deshalb ein vorläufiges Verhältnis vor, durch welches ich mich verpflichte, jederzeit mit Rat und Tat Ihnen zur Seite zu stehen, und — falls eine Abfindung von meinem gegenwärtigen Posten erfolgen sollte — dauernd in Ihre Dienste zu treten. Diese Verpflichtung würde alle Unternehmungen betreffen, an denen Sie beteiligt sind.“

Als Gegenleistung Ihrerseits schlage ich vor:

1. Solange ich auf meinem gegenwärtigen Posten bin (Braunschweiger Reichspräsident), sichern Sie mir aus dem durchschnittlichen Reingewinn Ihrer Unternehmungen 3 Proz. zu.
2. Wenn ich dauernd in Ihre Dienste trete, 10 Proz. des Reingewinns.
3. Die Abrechnungen darüber erfolgen am Jahresabschluss; doch kann ich Vorläufe auf die Abrechnungen erheben, und zwar für die Zeit unter 1. in Höhe von 2000 M. und unter 2. von 10 000 M.

Der Vertrag würde lauten vom 1. April 1921 bis zum 31. März 1923. Er kann jedoch von beiden Seiten zum Schluß eines jeden Jahres ein Vierteljahr im voraus gekündigt werden.

Diese finanzielle Regelung ist für mich erforderlich. Sie werden begreifen, daß ich jetzt schon Ausgaben da und dort habe, die leinerzeitige Fahrt nach Rühse bezüglich des Bodenerwerbes für den Bruch. Es kam mir mit den Ausgaben für den Chauffeur auf etwa 700 M., da ich einen eigenen Wagen benutzen mußte.

Ich hoffe, daß Sie mit meinen Vor schlägen einverstanden sind. Ihrer recht baldigen Antwort sehe ich entgegen.“

Dertter hat eingehenden, den Brief selbst geschrieben zu haben. Schon dieses Geständnis stelle unsere Fraktion, die nach am Sonntag beschlossen hatte, eine rein sozialistische Regierung auf der Basis einer engen Arbeitsgemeinschaft mit der unabhängigen Fraktion zu bilden, vor eine völlig neue Situation. Sofort nach Kenntnisnahme des Briefes fragte die sozialdemokratische Fraktion des Braunschweigischen Landtages bei der unabhängigen Fraktion an, wie sie sich jetzt zu Dertter zu stellen gedenke, ob sie gewillt sei, ihn noch weiter in ihren Reihen zu dulden, oder ob sie beabsichtige, Dertter zu veranlassen, auf Grund des Briefes an Demmel das Landtagsmandat niederzulegen.

Ausdrücklich wurde betont, daß das Verhalten der Unabhängigen bei der folgenden Regierungsbildung für unsere Fraktion von größter Bedeutung sei. Die Antwort der Unabhängigen, die am Mittwochabend erfolgte, ist nicht so ausgefallen, wie es erwartet wurde. Dertter ist nicht aus der Fraktion ausgeschlossen worden, sondern der Fall wurde einem Untersuchungsausschuss der Partei unter Einbeziehung des Zentralkomitees der USP zur Klärung überwiesen. Sollte Dertter nicht aus der Fraktion der Unabhängigen ausgeschlossen werden, so dürfte damit die Bildung einer rein sozialistischen Regierung in Braunschweig gesichert sein. Eine Belastung der Regierungskoalition mit der Persönlichkeit Dertters, oder einer Fraktion, der Dertter angehört, wird die Sozialdemokratie vor ihrer Wählerchaft niemals verantworten können.

# Preussische Kunstfragen.

Im Hauptauschuh des Landtages berichte Abg. Dr. Heß (3.) über das Theaterwesen. Die beiden Staatstheater haben einen großen Aufschwung genommen. Berlin leiste für die Staatstheater nichts, während z. B. Kassel für sie 750 000 M., München 2 Millionen aufwende und Hannover das Staatstheater ganz übernehm habe. Das Theater sei zurzeit keine „moralische Anstalt“. Mit Prozessen kommen wir nicht weiter; man muß positiv das Gute fördern. Eine Landesbühnenorganisation könnte „bühne schaffen“. Besondere Pflege bedürfen die Grenzbezirke. Die Freie Volksbühne und ähnliche Organisationen müßten unterstützt werden. — Genosse Haenisch fragt an, wie es mit der Verteilung des Schillerpreises stehe. Das Kultusministerium müsse für die Theater zuständig sein. Kultusminister Boettig stellt die Entscheidung über die Vergebung des Schillerpreises in baldige Aussicht. An der Geburtsstagsfeier für Hauptmann werde man sich durch Theateraufführungen und Prämien beteiligen. Abg. Frau Rosä (Dn.) spricht die Erwartung aus, daß das Schauspielhaus wieder das erste Berliner Theater werde. Sie begründet den deutschnationalen Antrag auf Einsetzung von Mitteln, um die darstellende Kunst zu fördern. Gastspiele der Staatsbühnenmitglieder in anderen Städten, Theaterkulturverbände und Wanderverbände zu unterstützen. Die Kunst muß auf christlich-deutscher Grundlage stehen. Abg. Dr. Schwering (3.) weist auf die schwierigen Theaterverhältnisse hin und wünscht, daß die Staatstheater im Rheinland Gastspiele geben. Intendant Jesner vom Schauspielhaus legt

die finanziellen Schwierigkeiten dar. Die Preise hätten erhöht werden müssen. Für die ersten Plätze werde jeder Preis gezahlt. Die billigen Plätze sollten nicht erhöht werden. In der Frage der Gastspiele seien Verhandlungen mit Köln angeknüpft. Veranstaltungen in kleineren Städten scheitern am Widerstand des Verkehrsministers. Intendant des Opernhäuses v. Schilling äußert, daß die Kindertruppen der Revolution, die sich auch an der Staatsoper geltend machten, glücklich überwunden seien. Dem Etat der Oper bereite die wachsende Teuerung große Schwierigkeiten. Durch Gastspiele seien 1 1/2 Millionen erarbeitet worden. An Zeiträumen könne man nicht ganz vorbeugehen. Die Berliner Pressekritik erschwere die Heranziehung tüchtiger Kräfte. In der weiteren Aussprache tritt Abg. Buchhorn (D. Sp.) für die Forderung der Geburtsstages von Berlioz ein. Abg. Schöllich (Soz.) begründet einen gemeinsamen Antrag, der für die Breslauer Theater 4 Millionen auheretotsmäßig verlangt. Die anderen Städte Schlesiens sollten von Breslau aus versorgt werden. Abg. Frau Garisch (D. Sp.) und Abg. Hoff (Dem.) traten ebenfalls für den Antrag Schöllich ein.

Beim Abschluß

fordert der Berichterstatter Dr. Heß, daß neben der Kunstmusik auch die Volksmusik gepflegt werden müsse. Die Ausbildung der Gesangslehrer lasse zu wünschen übrig. Ein Regierungsvertreter erklärt, beim Ausbau der Seminare entziehen Schwierigkeiten bezüglich der musikalischen Ausbildung der Lehrer. Die Aufbauschulen und die höheren Lehranstalten müßten, etwa in Form wahrer Kurse, der Musikpflege erhöhte Aufmerksamkeit widmen. Bei Aufnahme in die pädagogische Akademie seien musikalische Kenntnisse nachzuweisen. Auf eine Anfrage Hellmann (Soz.) erklärt Minister Boettig: In Bayern schweben Verhandlungen mit dem Päpstlichen Stuhl über den

Abschluß eines Konkordats.

Ueber den Inhalt sei nichts bekannt; es müsse dem bayerischen Landtag vorgelegt werden. Auch in Preußen würde gegebenenfalls analog vorgegangen werden. Die Frage eines Konkordats zwischen dem Deutschen Reich und dem Papst habe das Preussische Staatsministerium nicht beschäftigt.

Es werden angenommen der Antrag auf Bereitstellung von 4 Millionen Mark für städtische Theater, auf Erhöhung der Beihilfen für Kunstzwecke und Künstler auf 2 Millionen Mark, auf Einsetzung von 600 000 M. für das Rechnungsjahr 1922 zur Förderung von Kunstvorstellungen und auf Aussetzung des Instituts für Kirchenmusik zu einer Akademie für Schul- und Kirchenmusik. Annahme fand auch der Antrag, das Staatsministerium zu ersuchen, alsbald der Gründung einer Landesbühnenorganisation näherzutreten und erstmals in den Haushalt für 1922 eine Summe von 3 Millionen Mark für Landesbühnenzwecke einzusetzen, insbesondere für die Schaffung und Haltung der Landesbühnenorganisation. Schließlich wurde in der Gesamtabstimmung der Kultushaushalt gegen Kommunisten und Unabhängige angenommen.

# Produktive Erwerbslosenfürsorge.

Erhöhte Sätze. Mit Wirkung vom 5. Dezember 1921 traten für die produktive Erwerbslosenfürsorge an Stelle der bisherigen Sätze folgende neue Sätze:

für Ortsklasse	A	B	C	D/E
Mark	27	24,75	22,50	20,25

Bei Wohnungsbauten ändern sich die bisherigen Sätze für jeden Kubikmeter umbauten Raumes wie folgt:

a) bei Zugrundelegung der zweifachen Eignung an Erwerbslosenfürsorge:

für Ortsklasse	A	B	C	D/E
Mark	136	114	108	103

b) bei Zugrundelegung der zweieinhalbfachen Eignung an Erwerbslosenunterstützung:

für Ortsklasse	A	B	C	D/E
Mark	156	139	132	123

Eine Erhöhung des Zuschusses für bereits vor dem 5. Dezember 1921 anerkannte Maßnahmen kann nur in besonders begründeten Ausnahmefällen eintreten, z. B. wenn die Anstellung langjährig Erwerbsloser in großem Umfange in Frage kommt.

# Zehnstündige Arbeitszeit in Polen.

Der polnische Landtag hat mit 189 gegen 61 Stimmen ein Gesetz über die zehnstündige Arbeitszeit im Handelsgewerbe angenommen. Ein Antrag, wonach Handelsgeschäfte ununterbrochen 10 Stunden ohne Mittagspause geöffnet sein müßten, wurde gleichfalls angenommen.

# Ruch Orlando lehnt ab.

Wie die Agenzia Stefani meldet, hat auch Orlando auf die ihm angebotene Kabinettsbildung verzichtet, da er zu einer Einigung mit der Populärpartei und der demokratischen Partei nicht gelangen konnte. Durch den Verzicht Orlando habe sich die parlamentarische Lage in Italien noch verwickelter gestaltet.

# Zur Arbeitsaufnahme in Berlin.

Der Magistrat hat zur Herbeiführung eines einheitlichen Verfahrens nach Abbruch des Streiks in später Stunde folgende Anordnung bekanntgegeben:

Diejenigen Arbeiter und nicht ständigen Angestellten, die entgegen dem Aufruf ihre Arbeit am 7. Februar, nachmittags 2 Uhr, nicht aufgenommen hatten, gelten als entlassen. Soweit sie sich nach diesem Zeitpunkt zum Dienstantritt gemeldet haben oder noch melden, sind sie neu einzustellen, und zwar möglichst in der Reihenfolge ihres Dienstalters unter besonderer Berücksichtigung der Verheirateten, vorausgesetzt, daß ihre Stellen nicht bereits anderweitig besetzt sind und überhaupt noch ein Bedarf für Neueinstellungen vorliegt. Die Einschränkung von Neueinstellungen auf den wirklich notwendigen Bedarf ergibt sich aus der schwierigen Finanzlage der Stadt. Eine Bezahlung der Streiktage erfolgt selbstverständlich nicht; Lohn- und Vergütungszahlungen beginnen lediglich mit dem Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme. Den Neueintretenden sind die Rechte aus ihrem früheren Arbeitsverträge zuzugestehen mit dem Vorbehalte der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung. Die Einstellung erfolgt auf der Grundlage des letzten Schiedspruches des Reichsarbeitsministeriums.

Die Dienststellen und Bezirksamter sind ersucht worden, dafür zu sorgen, daß sowohl die in Arbeit Verbliebenen als auch die Neueinstellten unter keinen Umständen von irgend jemand befristet oder geschädigt werden. Jeder Versuch in dieser Richtung soll die sofortige Entlassung nach sich ziehen. Schließlich sollen alle zentralen Dienststellen und Bezirksamter Beschwerdekommissionen einsehen zur Entscheidung über Beschwerden, die sich aus der Neueinstellung bzw. Abweisung ergeben.

# Kein neuer Berliner Teilstreik.

Die in später Nachmittage verbreitete Meldung, daß die Belegschaft des Gaswerkes Legel die Frage der Mahregelungen wieder aufgenommen und das Gaswerk Danziger Straße veranlaßt hätte, die Arbeit wieder auf die Kofflandsarbeiten zu beschränken, und daß Legel auch mit den übrigen Werken zum gleichen Zweck in Verbindung getreten sei, ist völlig unzutreffend. Es verbleibt bei den Mitteilungen des Magistrats, daß die gesamten städtischen Betriebe, insbesondere auch Danziger Straße, wieder im Gang sind, und daß lediglich beim Gaswerk Legel morgen früh 5/7 Uhr noch eine Betriebsversammlung stattfindet, von der zu erwarten ist, daß sie ebenfalls zur Aufnahme der Arbeit führt.

# Pius XI. nicht deutschfeindlich.

Rom, 9. Februar. (E.B.) Die (katholische) Agentur „Bolta“ erzählt aus dem Vatikan: Papst Pius XI. hat es lebhaft bedauert, daß ein Teil der französischen Presse keine Wacht als eine Veränderung der politischen Orientierung des Heiligen Stuhles in einem freundschaftlichen und deutschfeindlichen Sinne glaubt betrachten zu können. Sobald der Papst von dieser Behauptung Kenntnis erhielt, berief er Kardinal Bertran, Erzbischof von Breslau, zu sich und bat ihn in einer herzlichen Unterredung, Deutschland zu versichern, daß er alle Sympathien für die deutschen Katholiken hege und daß er alle Völker ohne jeden Unterschied und ohne jeden Vorzug liege.

# Wirtschaft

## Die Abschlüsse des Elektromontanzerners.

Nachdem die Montanunternehmungen des Stinnes-Konzerns ihre Abschlüsse für das letzte Geschäftsjahr bekanntgegeben haben, werden auch die Ergebnisse der angeschlossenen Elektromerke bekannt. Die Siemens u. Halske A.-G. in Berlin zeigt eine bedeutende Steigerung der Gewinnsiffern im Vergleich zu dem letzten vollen Geschäftsjahr 1919/20. Der Reingewinn ist von 15,3 auf 35,9 Millionen Mark gestiegen. In den zwei Monaten August/September 1920, die als Zwischengeschäftsjahr gelten, wurden 3,73 Millionen Mark Reingewinn erzielt. Aus dem Reingewinn werden nun auf das Aktienkapital von 130 Millionen Mark 20 Proz. Dividende verteilt, das ist die höchste bisher erreichte Ausschüttung. In früheren Jahren hatte sich die Gesellschaft in der Regel mit 12 Proz. Dividende begnügt. Ferner werden aus dem Reingewinn der Sonderrücklage 3 Millionen, dem Dispositionsfonds 1 Million und dem Reservecapital 2,38 Millionen Mark überwiesen. Vor Ermittlung des Reingewinnes wurden jedoch 6 Millionen dem Wohlfahrtsfonds überwiesen, der zur Erweiterung der Fürsorgeeinrichtung, zu Siedlungszwecken und zur Sicherstellung von Pensionszuschüssen dient. Außerdem waren vor Ermittlung des Reingewinnes in der Bilanz 30 Millionen Mark als Rückstellung für in Ausführung begriffene Erholungsanlagen abgesetzt worden, um für schon übernommene Verpflichtungen Vorsorge zu treffen. Die Bilanz zeigt also ein recht günstiges Bild.

Daselbe gilt von der Schwefelergesellschaft, den Siemens-Schuckert-Werken & m. b. H. Sie erhöhten gegen das Geschäftsjahr 1920 ihren ausgewiesenen Reingewinn von 12,47 auf 21,79 Millionen, ihre Dividende von 10 auf 15 Proz., nachdem vorher dem Wohlfahrtsfonds 12 Millionen zugeführt und als Rückstellung 94 Millionen abgedacht sind. Auch bei dieser Gesellschaft werden die Rücklagen erhöht, und zwar auf 5 Millionen, dem Dispositionsfonds wird eine weitere Million zugewiesen. Die Dividende von 16 Proz. stellt gleichfalls die höchste bisher verteilte Dividende dar.

Es ergibt sich also auch für diese Unternehmungen das gleiche Bild wie für die Montanzergesellschaften; sie konnten ihre Rentabilität beträchtlich steigern oder ihre Reserven erhöhen. Die Dividendensteigerung ist, da die beteiligten Gesellschaften nicht in demselben Umfange wie viele andere Unternehmungen der Privatindustrie ihr Kapital vergrößert haben, kaum als übertrieben anzusehen, zumal die Rücklagen vorher erheblich vergrößert worden sind. Das erste Geschäftsjahr nach dem Zusammenschluß mit dem Stinnes-Konzern hat aber auch in den Elektromontanzern bereits keine Früchte getragen, wenigstens für die Aktionäre. Ob auch für die Arbeiter, das wird sich erst dann übersehen lassen, wenn die Bilanzkonjunktur regelmäßigeren Verhältnissen in der deutschen Wirtschaft gemessen sein wird.

Sarotti-A.-G. Bei der durch den Brand der Tempelhofer Fabrik notwendig gewordenen Umorganisation des Betriebes ist es innerhalb des Vorstandes und des Aufsichtsrates zu Meinungsverschiedenheiten gekommen. Ein Vertreter der schwedischen Gruppe Kanad, die an der Sarotti-A.-G. beteiligt ist, hat den Kauf der Schokoladenfabrik Groß abgeschlossen und wurde dafür in den Vorstand aufgenommen. Das gab Herrn Max Hoffmann Anlaß, aus dem Vorstand auszuscheiden, auch drei Aufsichtsratsmitglieder, darunter der bekannte Führer der D.D.P. Strelmann, legten ihre Ämter nieder. An diese Tatsachen, die im wesentlichen durch eine Mitteilung der Gesellschaft bestätigt, aber nicht genügend begründet werden, haben sich Gerächte geknüpft, wonach Aktionärsinteressen geschädigt seien. Nach der letzten Bilanz und nach den Erklärungen des Unternehmens erscheint das ausgeschlossen. Wenn aber wirklich solche Deute geschädigt sein sollten, die in maßvoller Spekulativer Uebertriebung des Begünstigten auf drei neue Sarottaktien mit 50 000 M. bezagt haben, so wäre das wirklich kein Verlust, sondern eine heilsame Lehre.

Die erste Aktienemission in Rußland. Das russische Volkskommissariat für Außenhandel hat die erste Aktiengesellschaft für Export- und Import gegründet. 51 Prozent der Aktien hat das Volkskommissariat für Außenhandel erworben. Die restlichen 49 Prozent sind an verschiedene russische Trusts, Staatsunternehmungen und Privatpersonen abgegeben worden.

# Nach dem Berliner Streit.

## Die Wiederaufnahme der Arbeit.

Wie wir bereits in der Abendausgabe berichtet, wurden den Beschäftigten, die sich zur Wiederaufnahme der Arbeit meldeten, erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Einzelne Betriebsleiter gingen soweit, die Einstellung der Arbeiter von der Parteizugehörigkeit abhängig zu machen. Funktionäre und Betriebsräte wurden an verschiedenen Stellen rundweg abgelehnt. Vor allem aber war es ein den Arbeitern vorgelegter Revers, wonach sie neu eingestellt und zu den tariflichen Anfangslöhnen beschäftigt werden sollten, der zu neuen Differenzen führte. So kam es, daß sich durch die Nachpolitik einiger besonders „starker“ Männer die Wiederaufnahme der Arbeit erheblich verzögerte.

Um eine Regelung der Streitfragen herbeizuführen, wandten sich die Vertreter der Verbandsvorstände der Gemeinbearbeiter und der Transportarbeiter im Verein mit dem Vertreter des ADB., Genossen Graßmann, gestern mittig an den Magistrat. Hier wurden denn eine Reihe der Maßnahmen der Betriebsleitungen als unvereinbar mit den Beschlüssen des Magistrats erkannt, die natürlich rückgängig gemacht werden. Der Magistrat gab die Zusicherung, daß der Revers zurückgezogen wird und die eingestellten Arbeiter wieder in ihre alten Rechte eintreten. Oberbürgermeister Böß hält zwar daran fest, daß die vor Streitabbruch bereits eingestellten Arbeiter nicht wieder entlassen werden sollen, versicherte jedoch, daß ihm im Interesse der städtischen Betriebe und der Stadterwaltung trotz des Vorgefallenen daran liege, auch in Zukunft mit der städtischen Arbeiterschaft in gutem Einvernehmen zu stehen.

Sobald sich weitere Schwierigkeiten ergeben sollten, ist Sorge getragen, daß dieselben jeweils täglich vorgebracht, nachgeprüft und beigelegt werden können, bis wieder alles in Ordnung ist. Die Verbandsvorstände haben damit alles getan, um ihre Mitglieder vor Nachteilen zu bewahren und vor Übergriffen zu schützen, was sie selbstverständlich auch weiterhin tun werden. Charakteristisch ist, daß während die Arbeiter sich fast durchweg weigerten, den Revers zu unterzeichnen, es in einem größeren Betriebe die Kommunisten waren, die diesen Revers bereits am Mittwochabend ohne weiteres unterzeichneten.

Der Magistrat beschäftigte sich in einer außerordentlichen Sitzung am Donnerstag mit den Grundfragen, die bei der Einstellung der neuen Betriebsbelegschaft angewendet werden sollen. Es wurde beschloffen, Schwierigkeiten hierbei, wie sie bei dem Umfang der Verwaltung und der großen Zahl der Betriebe entstehen können, im Sinne der mit den Gewerkschaften getroffenen Vereinbarungen zu lösen. Festgestellt wurde, daß mit der erfolgten Entlassung der im Auslande verbliebenen Arbeiter auch eine Neuwahl der Betriebsräte erforderlich geworden ist.

## Eine Erklärung des Magistrats.

Vom Nachrichtenamt des Magistrats Berlin wird gemeldet: Gegenüber den bekanntgegebenen Grundfragen des Magistrats, nach denen die Neueinstellung der Betriebsbelegschaft erfolgen wird, muß den von unverantwortlicher Seite verbreiteten Meldungen über angebliche Missetatungen von 5000 Arbeitern, Verlust der Ruhegeldanspruch und Zurückverweisung in die unterste Lohnklasse auf das schärfste widersprochen werden. Der Magistrat ist ernstlich bemüht, die Lage, die für die Gesamtheit der entlassenen Arbeitnehmer nicht durch seine Schuld entstanden ist, für den einzelnen soweit zu mildern, als es die Rücksicht auf die Herstellung eines sicheren und wirklichen Ganges der städtischen Betriebe zuläßt. Um so nachdrücklicher wird aber auch allen Versuchen entgegengetreten werden, die darauf ausgehen, diese Bemühungen zu stören.

Der Magistrat hat eine Vorlage an die Stadterordnetenversammlung fertiggestellt, welche die Anrechnung früherer Dienstzeit bei der Lohnberechnung ausdrücklich vorsieht. Und es wird schon jetzt im Sinne dieser Vorlage bei der Lohnberechnung verfahren. Die Mitteilung über die Rückverweisung in die unterste Lohnklasse ist un wahr. Von Missetatungen an sich kann gar keine Rede sein, geschweige denn davon, daß solche in 5000 Fällen schon vorliegen. Die Leitung der Straßenbahn hat im übrigen mit den Angestellten der Straßenbahn gestern Abend eine Besprechung gehabt, die eine ruhige Lösung vorhandener Schwierigkeiten erhoffen läßt. Vereinzelt Mißverständnisse werden sich sofort beheben lassen und sind zum Teil schon behoben. Die Wiederaufnahme der Arbeit ist bei allen Werken in vollem Gange. Der Magistrat arbeitet im übrigen nach wie vor Hand in Hand mit den Spitzenorganisationen der städtischen Arbeitnehmer.

## Betrübte Lohngüter.

In dieser Rolle agiert jetzt die „Rote Fahne“. Aus Karger darüber, daß, nachdem der Eisenbahnstreik aufgehoben wurde, auch der unheimliche Streit gegen Berlin, trotz der denkbar eifrigsten Aufsichtnahme der Gemüter, beendet wurde, jammert sie, daß „unerhörter Verrat“ der Gewerkschaftspitzen dem „heidenhohen Kampf“ das Genick gebrochen habe. Daß der Streit bereits am Dienstag zusammengebrochen war, dürfte auch dem kommunistischen Blatte nicht entgangen sein. Am Mittwoch kam es nur noch darauf an, einen möglichst guten Abgang herbeizuführen. Das wurde bereitwillig und der Mißerfolg, zu dem

dieser Streit von vornherein verurteilt war, trat durch die Abstimmung für seine Fortsetzung nur um so lästiger zu Tage. Nach bewährten Mustern sieht die „Rote Fahne“ jetzt eine Dolchstoß-Legende auf, und beschuldigt den Führer der Berliner Angestellten, diesen „Dolchstoß“ vollführt zu haben. Es lohnt sich wirklich nicht, mit diesem sogenannten „Arbeiterblatt“, das den Interessen der Rechtsreaktion dienlich zu sein. Wir begreifen keinen Schmerz, ob der fortgeschwommenen Felle und lassen es schimpfen. Zeigt doch der Ausbruch des Streits für jeden denkenden Menschen, daß nur die „Rote Fahne“ es war, die die wirklichen Interessen der Berliner Arbeiterschaft durch ihre Kapitulation zum Verharren in dem folgenschweren Irrtum, dem die Gemeinbearbeiter verfallen waren, verraten hat. Ist ihr doch jede Bewegung nur Mittel zum Zweck der kommunistischen Ruffabrik: wollte sie doch die nächste Gelegenheit zu einem Generalstreik nicht vorübergehen lassen.

## „Zum Generalstreik bereit“.

Am Mittwochabend schrieb die „Rote Fahne“ von Berichten, die ihr aus hundert von Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen aus Groß-Berlin oder durch Kuriere aus dem übrigen Reich zugegangen seien, als Beweis für die Tatbereitschaft der Arbeiterschaft. Da sie nur wenige der Berichte und Resolutionen bringen kann, greift sie nur die Kundgebungen einiger Betriebe heraus, die der Firma Beermann, Berlin-Tempelhof, und die der „Kollegen der Firma Küstermann“. Die Beispiele sind in der Tat typisch für die kommunistische Methode. Während erstere Firma höchstens 300 Arbeiter beschäftigen dürfte, sind es bei letzterer kaum 100. Erstere erklärte, selbst vor einem Generalstreik nicht zurückzuweichen, letztere aber, daß sie keinesfalls gelassen seien, sich nach längerem vom Kampf zurückzuziehen zu lassen.

Geht man dem Ursprung solcher Resolutionen nach, mit denen die Arbeiterschaft aller Betriebe beauftragt wird, dann stellt sich heraus, daß sie größtenteils aus der kommunistischen Leitungsstelle herrühren oder doch von dieser inspiriert sind. Dieses Treiben führt dazu, daß schließlich auch wirkliche und wichtige Entscheidungen nicht mehr beachtet werden. Dabei darf es betont werden, daß diese ganze Resolutionsmacherei keinen Sinn und Zweck hat. Jede Betriebschaft weiß, daß wenn sie irgendeine Forderung zu stellen hat, sie sich damit an ihre Organisation wenden muß.

## „Verraten und verkauft“.

Von den Hauptvorständen und dem ADB. lösen die in den Streit kommandierten Gemein- und Sackarbeiter nach den Ausführungen des Strohenschnitzers Schaubura in der Obsektionenkonferenz, verraten und verkauft worden sein. Laodäanisti soll von einem „Verrat der Gewerkschaftspitzen“ geredet haben, weiter aber behauptet haben, daß die „Freiheit“ und der „Vorwärts“ die Provokation gegen die Streikenden aufzuheben hätten. Es ist eine menschenwürdige Schwäche, anstatt zunächst bei sich selber nach der Schuld zu fragen, sie anderen in die Schuhe zu schieben. Die Tatsache, daß die beiden Arbeiterblätter Berlin — die „Rote Fahne“ zählt nicht mit — von vornherein gegen diesen unglücklichen Streik Stellung nehmen mußten, sollte denn doch den Beteiligten zu denken geben und sie darüber belehren, daß die Mißachtung des Schlichtungspruchs des Reichsarbeitsministeriums und die mindestens sehr übereilte Einstellung des Streiks ein großer Fehler war, den sie leider zu verantworten haben.

## Das zerrissene Mitgliedsbuch.

Zerrissene Mitgliedsbücher nach einem verheulenen Streit sind so sicher wie das Amen in der Kirche. Ueberzeugte Gewerkschaftsmitglieder sind es freilich nicht, die so unglücklich handeln und der Organisation den Rücken kehren, weil sie ihnen nicht verschaffen konnte, was sie von ihr erhofften. Da aber nun einmal die Gewerkschaften leider noch nicht nur aus überzeugten Mitgliedern bestehen, sondern mit einer großen Zahl von Mitläufern zu rechnen haben, ist es Pflicht der überzeugten Kollegen, den Mitläufern klarzumachen, wie sinnlos es ist, das Mitgliedsbuch zu zerschneiden. Der Erwerb des Mitgliedsbuches macht einen „Rebeller“ noch lange nicht zum organisierten Arbeiter, er verpflichtet ihn vielmehr, es zu werden. Ist Klarheit zu verschaffen über Wesen, Wirken und Bedeutung der Organisation. Nicht ein einziger Streikende oder ein anderer städtischer Arbeiter könnte dann das Mitgliedsbuch zerschneiden, das er gerade jetzt am notwendigsten gebraucht, wo es gilt, einen Fehler zu erkennen und für die Zukunft richtig zu handeln.

## Reise in der Reichsdruckerei.

In drei überfüllten Betriebsversammlungen nahm die Belegschaft der Reichsdruckerei Stellung zu dem Ergebnis der Verhandlungen über die vom Ministerium geforderte Arbeitszeitverlängerung und Einschränkung des Mitbestimmungsrechts. Mit außerordentlichem Gehör hat die Betriebsvertretung immer wieder auf dem Verhandlungswege versucht, zu einem befriedigenden Resultat zu kommen und dadurch den Beweis erbracht, daß sie kein Interesse an einem ernstlichen Konflikt hat. Trotzdem habe das Ministerium und die Direktion immer wieder neuen Konfliktstoff hinzugefügt. Die Direktion ist, ohne irgendeine Verständigung nachzusuchen, von der Gefügigkeit abzuweichen, bei den tariflichen Zulagen prozentuale Zuschläge zu gewähren und macht die weitere Bewahrung von einer Verlängerung der Arbeitszeit abhängig. Die bisherigen Forderungen sollen ebenfalls eine erhebliche Verschlechterung erfahren. Das Mitbestimmungsrecht wird in jeder Weise auf das äußerste verengt. Die Einstellungen sollen zum Teil nach Vorwertlisten erfolgen.

Die Diskussionsredner verurteilten die Haltung des Ministeriums und der Direktion und ließen keinen Zweifel darüber, daß das Personal nicht mehr gewillt ist, all die Verschlechterungen ruhig hinzunehmen. Nach dem Bericht der Verhandlungskommission wurde die Resolution der Vertrauenspersonenkonferenz angenommen, die besagt, daß die Belegschaft durch eine Urabstimmung befragt werden soll, ob sie gewillt ist, mit dem letzten gewerkschaftlichen Mittel die angebotenen Verschlechterungen abzumehren und ein besseres Arbeitsrecht durchzuführen.

## Der Angestelltentarif für die Metallindustrie!

In der vom Ortsrat der Groh-Berlin des Ato-Bundes zum Donnerstagabend nach „Haverlands Festsälen“ einberufene Ato-Funktionärerversammlung der Metallindustrie referierte Günther (Butab). In einer äußerst lebhaften Debatte kam übereinstimmend die Meinung zum Ausdruck, daß der Schiedsbruch des Reichsarbeitsministeriums abgelehnt werden muß. Von den 30 Ato-Vertretern wurde eine Urabstimmung verlangt, bevor neue Verhandlungen mit dem BEM. gepflogen werden. Mit überwältigender Majorität wurde aber nachstehende Entschloßung angenommen: „Die am 7. Februar 1922 in „Haverlands Festsälen“ versammelte Ato-Funktionäre der Berliner Metallindustrie halten eine Urabstimmung über Ablehnung oder Annahme des Schiedsbruches für unabweisbar. Sie sind der Meinung, daß die Verhandlungen, wie sie vom Reichsarbeitsministerium empfohlen wurden, unverzüglich aufzunehmen sind, um keinen weiteren Zeitverlust zu erleiden zu lassen.“ Das Ato-Ortsrat hat sich unverzüglich an den BEM. gewandt und um Aufnahme der Verhandlungen gebeten.

## Die Verhandlungen im tschechischen Bergbau.

Die Verhandlungen zwischen den Bergarbeiterorganisationen und den Grubenbesitzern sind soweit vorgekommen, daß im Laufe des Freitag Besprechungen in den einzelnen Kreislagen stattfinden konnten. Im Senat erklärte der Minister für öffentliche Arbeiten, daß die Regierung keine Schuld daran trüge, wenn die Krise im Bergbau zu einem allgemeinen Streik geführt habe. Es kämpften zwei entgegengesetzte Prinzipien gegeneinander. Auf Seiten der Bergarbeiter der Grundgedanke, eine Herabsetzung ihrer Lebenshaltung nicht zu dulden, auf Seiten der Grubenbesitzer der Leibeckende, durch Herabsetzung der Löhne die Bedingungen der Kohlenproduktion zu erleichtern. Wenn das Kompromiß, das jetzt in Aussicht stünde, daran scheitern sollte, daß eine der beiden Parteien aus Gründen, die nicht anerkannt werden könnten, nicht den guten Willen oder die Entschlossenheit aufbringe, den Konflikt friedlich zu schlichten, so sei die Regierung entschlossen, ihre ganze gesetzgeberische und exekutive Gewalt zur Anwendung zu bringen. Der Volkswirtschaftsausschuss der Sozialdemokratischen Partei lehnt in einem Schreiben an den kommunistischen Volkswirtschaftsausschuss ab, den von den Kommunisten geforderten Generalstreik zugunsten der Bergarbeiter zu unterstützen. Die Entscheidung über die geeigneten Mittel des gewerkschaftlichen Kampfes müsse den Gewerkschaften überlassen bleiben.

Das neue Abkommen im Einzelhandel, welches allen Angestellten eine Zulage von etwa 20 Proz. bringt, ist unterzeichnet. Die neuen Gehaltsstufen sind im Verbandsbureau, Veste-Alliance-Strasse 7/10, erhältlich.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Heute 6 Uhr in den Festsälen, Neue Königl. 26, Volksversammlung sämtlicher im Lohnstreik befindlicher Arbeiter.

Verband der tschechischen Angestellten und Beamten. Ortsversammlung in der Festsäle, Volksversammlung heute 7 1/2 Uhr „Zum Hagenhof“, Sölz Müller- und Seestraße.

Zentralverband der Schuhmacher. Sonnabend vormittag 9 Uhr Versammlung der streikenden Kollegen der Reparaturbranche im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 24/25.

Verband der Transportarbeiterverband, Sektion V. Sonntag 9 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 24/25, Versammlung aller in der Groh-Berliner Metallindustrie beschäftigten Kollegen und Kolleginnen. 1. Geschäftsbericht und Wunsch der Sektionsleitung. 2. Ausprobieren. 3. Verschiedenes. Mitgliedsausweis ist am Sektionsingang vorzulegen.

## Aus der Partei.

Die Gattin Ignaz Auers, des langjährigen Führers der deutschen Sozialdemokratie, ist in Stuttgart, wie uns von dort gemeldet wird, plötzlich am Samstag gestorben. Ihre Beerdigung ist am Donnerstag nachmittag bereits erfolgt. Die nunmehr Bestattete hatte unsern alten „Nazi“ um fast 15 Jahre überlebt.

Verkauf für den rebett. Teil: Franz Kühn, Berlin-Lichterfelde; für Kaeser: Th. Giese, Berlin, Verlag Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag Berlin, Ullrichstr. 12. Verlag: G. m. b. H., Berlin, Lindenstr. 2. Hierzu 1 Beilage und „Jugend-Vorwärts“.

Gegen rauhe aufgesprungene Haut

## CREME MOUSON

vollkommenstes Hautpflegemittel

---

für Herren- u. Damen-Bekleidung  
beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf unterw. an  
**Koch & Seeland** G. m. b. H.  
Gertraudenstr. 20-21.

<h2 style="text-align: center;">Frisches Fleisch</h2> <p>Kalbskamm u. Brust <b>16M</b> Kalbsnierenbraten <b>18M</b> Kalbskeule ganz u. geteilt <b>18M</b> Schweinschinken <b>22,50</b> Schwein- Bauch, Blatt und Rücken <b>22,50</b> Gehacktes Rind- u. Schweinefleisch <b>17M</b></p>	<p>Sowelt Vorrat!</p> <h1 style="text-align: center;">Lebensmittel</h1> <h1 style="text-align: center;">A. Wertheim</h1>	<p>Sowelt Vorrat!</p> <h2 style="text-align: center;">Wurstwaren</h2> <p>Zwiebelleberwurst <b>19M</b> Rotwurst <b>19M</b> Sülzwurst <b>19M</b> Landleberwurst <b>25M</b> Jagdwurst <b>27M</b></p>
<p>Große Plötzen <b>8,90</b> Seelachs ohne Kopf ganze Fische <b>7,80</b> Makrelen geräuchert <b>11,20</b> Bücklinge prima Qualität <b>12,50</b></p>	<p>Große <b>Suppen-Tauben</b> Stück <b>14,50</b> Im Erfrischungsraum ab 11 Uhr: <b>Plunderbretzel</b> <b>7,50</b></p>	<p>Ausländischer geräuchert. Speck <b>28M</b> <b>Leberwurst</b> 2 Pfd. Dose <b>16,25</b> <b>Margarine</b> je Lm. <b>24M</b> <b>Marmelade</b> mit 50% Zucker <b>6,20</b> <b>Camembert</b> voll- je L <b>9,20</b> <b>Quadratkäse</b> <b>17M</b></p>
<p>Gemüse u. Obst</p> <p>Kohlrüben gelbe <b>95Pfl.</b> Weißkohl <b>320</b> Mohrrüben <b>200</b> Sellerie große Knollen <b>350</b> Märk. Rübchen <b>100</b> Maronen <b>6M</b> Kochbirnen <b>320</b> Mandarinen <b>15M</b> Zitronen große <b>95Pfl.</b> Feigen <b>9M</b></p>		

Wiederkehr der Ordnung.

Der Aufbau des Eisenbahnverkehrs.

Bittere Kälte, Kartoffelnot, Kohlennot, Dunkelheit, Wassermangel... Die Eisenbahnbeamten und -arbeiter sind gestern fast vollständig zum Dienst erschienen.

An der Wiedereinrichtung des Stadt-, Vorort- und Fernbahnverkehrs wird mit allen Kräften gearbeitet. Die Eisenbahnbeamten und -arbeiter sind gestern fast vollständig zum Dienst erschienen.

Die Entwirrung des Güterverkehrs wird mindestens 8 Tage in Anspruch nehmen. Immerhin sind innerhalb der letzten 24 Stunden auf den Berliner Bahnhöfen 300 000 Liter Milch, 81 Wagen mit Vieh und 8 Züge mit Kohlen eingegangen.

Die Rückerstattung von Jahrgeld

für Monatskarteninhaber für die Streiktage wird in der Weise erfolgen, daß die Verkehrsverwaltung für 7 oder 8 Streiktage je ein Dreifünftel des Betrags der Monatskarte, also sieben oder acht Dreifünftel zurückzahlt.

Bei den Groß-Berliner Fernsprechämtern ist jetzt durchweg wieder voller Betrieb aufgenommen worden.

Die Post nimmt ihren Verkehr in dem Maße auf, wie der Eisenbahnverkehr in geregelter Gang kommt. Die bisherigen Ausnahmemaßnahmen fallen weg. Der Briefverkehr wird so gleich wieder in vollem Umfang abgewickelt.

Die städtischen Werke im Betrieb.

Am Laufe des gestrigen Donnerstags hat sich die Arbeitsaufnahme in den städtischen Werken erfreulicherweise - bis auf die Straßenbahn - ohne nennenswerte Reibungen vollzogen. Das Kraftwerk Mühlitz konnte mittags von der Rothhilfe verlassen werden.

Eine seltsame Nacht.

Roman in vier Stunden von Laurids Bruun

Doktor Sost aber sagte in ruhig gebietendem Ton, indem er sie fest ansah: „Wenn Sie in diesem mondächtigen Zustand, in dem Sie sich befinden, zu ihr kommen, ist sowohl für Sie wie für das Kind Gefahr vorhanden.“

„Ich hab' mich doch nicht so leicht abfertigen lassen.“ „Ob was?“ fragte Hjarmar flüsternd, als der Arzt unwillkürlich innehielt.

„So, meine liebe Frau Hjarmar, sehen Sie sich jetzt! - Eine augenblickliche Gefahr ist nicht vorhanden. Aber es gilt behüten auf dem Posten zu sein.“

„Ob ich ohne Grund gesüßelt habe.“ „Im Augenblick kann ich nichts weiter tun. Auf Wiedersehen!“

Als Doktor Sost gegangen war, wurde von keinem der Anwesenden ein Wort gesprochen.

Frau Helwig sah leise weinend im Rehnstuhl, während Fräulein Selma über den Esstisch gelehnt stand und ihr laut mit ihrer rüchlichen Hand über das feine Braugehaar strich.

Hjarmar stand am Flügel und sah sie an, wußte aber nicht was er sagen sollte.

Werner Hilde war der erste, der das Schweigen brach. Er sah mit den Händen zwischen den Knien und starrte vor sich hin wie ein Mann, dem plötzlich etwas zertrümmert worden ist.

„Der erste Zug geht fünf Uhr zehn, Herr Hilde!“ unterbrach Fräulein Selma.

„Dank!“ „Hilke knöpfte seinen Rock zu und sah verstohlen zu Frau Helwig hinüber, die mit abgewandtem Kopf unbeweglich im Rehnstuhl saß.“

„Es ist noch lange bis dahin!“ sagte er. „Ich will inzwischen zum Riegelhof hinübergehen - ich habe dort verschiedene notwendige Dinge zu ordnen.“

Hjarmar fragte nervös: „Dann ich werde wohl kommen zurückkehren!“

sohle noch dem Gaswerk dirigiert wurde, ist anzunehmen, daß während der Nacht die Stromerzeugung erheblich gesteigert wird.

Der Betrieb in den Gaswerken kann erst allmählich wieder gesteigert werden, da einmal die Kohlenvorräte nicht allzu groß sind und da aus betriebswirtschaftlichen Gründen der Gasdruck nur allmählich erhöht werden kann.

Bei der Wiederaufnahme des Straßenbahnbetriebs erpöben sich bedauerlicherweise Schwierigkeiten, weil die leitenden Persönlichkeiten glaubten, über die mit dem Magistrat betreffend die Wiedereinrichtung der Streikenden gemachten Vereinbarungen hinausgehen zu müssen.

Reichsausschüsse des Magistrats. Der Magistrat wählte in den Reichsrat Bürgermeister Ritter, zu seinem Stellvertreter Stadtrat Schäning.

Die Anfallstätte an der Beusselstraße sieht noch trostlos aus, obwohl an der Aufräumung mit allen verfügbaren Kräften gearbeitet wird, um die beiden gesperrten Hauptgleise und die Ausfahrschleife des Bahnhofes Beusselstraße nach Charlottenburg, Pfingstenbrunn und Vedder Bahnhof frei zu bekommen.

Zu der Gasexplosion in Neukölln erfahren wir noch folgendes: Es sind insgesamt vier Arbeiter verletzt worden, davon zwei schwer. Der eine von den Schwerverletzten hat einen Schädelbruch, der andere eine Rippenverletzung davongetragen.

Professorsitzende Kinderfreundel Freitag, den 10. Februar, abends 8 Uhr, findet die Generalversammlung des Patholog.-Anatomischen Institutes im Rathause zu Schönberg statt.

Japanische Gungernuben in Rußland berufen die Deutsche Friedensgesellschaft. Die Gruppe Berlin, heute abend 7 Uhr im Bürgeraal des Rathauses, Köpenickerstraße, einen Vortrag und Regalationsabend, an dem Wilhelm Dieterle (vom Dr. Schanitzhaus), Nola Landau, Vera Post und Armin Wagner mitwirken werden.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fische keine, Geschäft leblos. Fleisch schwach, Geschäft ruhig. Obst und Gemüse keine, Geschäft still.

Am gestrigen Donnerstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise: Schellfisch 7-8 M., Kottungen 12-13 M. und Seelachs 10 M. das Pfund.

Dann erhob er sich langsam, knöpfte seinen Rock zu und fragte: „Herr Amtsvorsteher, sagen Sie mir bitte, wann der erste Zug geht.“

Hjarmar richtete sich auf und fragte nervös: „Wollen Sie abreisen?“

„Ja, ich will abreisen!“ antwortete er leise und kläglich. Hjarmar sammelte sich. Er fühlte, daß er seiner ganzen geistigen Kraft bedurfte, fühlte, daß er in diesem Augenblick nicht länger an Frau und Kind denken durfte.

„Fürchten Sie sich vor Anstetzung?“ fragte er und näherte sich ihm.

„Nein!“ kam es abweisend. „Sie haben sich schnell umgestimmt, Herr Ingenieur!“

Er legte mit Absicht einen Klang von Ironie in seine Stimme. „Ich sagte Ihnen vorher, daß ich nicht wüßte, ob ich bleiben binne. Jetzt weiß ich, daß ich es nicht kann.“

Hjarmar ließ sich nicht so leicht abfertigen. „Ist es indistret, nach dem Grund Ihres plötzlichen Entschlusses zu fragen?“

„Der Grund?“ Werner Hilde sah abweisend auf ihn herab. „Ist die Krankheit Ihres Kindes nicht Grund genug?“

„Heute nacht ist ein Fremder hier doch nur eine Last!“ sagte er hinzu, ohne den Versuch zu machen, die Bitterkeit in seinem Gemüt zu bergen.

Fräulein Selma sah auf und sagte mit Entschiedenheit: „Darin hat Herr Hilde recht!“

„Wenn der erste Morgenzug geht, kann ich Ihnen nicht folgen.“ sagte Hjarmar, „aber ich versichere Ihnen, daß Ihre Anwesenheit - im Fremdenzimmer - in keiner Weise.“

„Der erste Zug geht fünf Uhr zehn, Herr Hilde!“ unterbrach Fräulein Selma.

„Dank!“ Hilke knöpfte seinen Rock zu und sah verstohlen zu Frau Helwig hinüber, die mit abgewandtem Kopf unbeweglich im Rehnstuhl saß.

Hjarmar sah auf seine Uhr. „Es ist noch lange bis dahin!“ sagte er.

„Ich will inzwischen zum Riegelhof hinübergehen - ich habe dort verschiedene notwendige Dinge zu ordnen.“

Denn ich werde wohl kommen zurückkehren!“

Hjarmar fragte nervös: „Dann ich werde wohl kommen zurückkehren!“

Der „erfolgreiche“ Hypnotiseur.

Bei der Strafkammer des Landgerichts III begann gestern der Strafprozeß wegen Diebstahls und Betruges gegen den Vortragredner und Hypnotiseur Leopold Mikrosam Kattan aus Galizien und wegen Hehlerei gegen den Kaufmann Isidor Krisk, der infolge des Verkehrsstreiks in einem Automobil von Köln zum Termin geilt ist.

Er ist in zwei Fällen angeklagt: in dem einen Fall soll er einen ihm bekannten Herrn durch Betrug geschädigt haben; der Hauptfall betrifft jedoch einen großen Schlag, den er mit einer Frau des Kaufmanns B. ausgeführt haben soll. Er ist von dem Chemann B., der am Kurfürstendam eine luxuriöse Wohnung innehat, gebeten worden, mit Hilfe des Hypnotismus seine Frau von Morphinismus und Schlaflosigkeit zu heilen.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Kattan 1 1/2 Jahre, gegen die Mitangeklagten 9, 9 und 3 Monate Gefängnis. Der Sachverständige Geh. Sanitätsrat Dr. Ross hielt für die Beweisführung nur für erwiesen, daß Kattan an Frau B. hypnotische Versuche angestellt habe, nicht aber, daß sich Frau B. bei dem Verkauf der Sachen in einem hypnotischen Zustand befunden hat.

Sozialistischer Studentenbund. Der zum 10. Februar in der Aula des städtischen Spätkinderhauses, Weinmeisterstr. 16/17, angelegte Vortrag des Genossen Dr. Rudolf Breitscheid kann an diesem Tage nicht stattfinden.

Verletzung der Unerschick. Die Schiffahrt auf der Untersee ist durch Eis fast vollkommen lahmgelegt. Mehrere Dampfer liegen im Eise fest. Eisbrecher und Schiffsdampfer haben die größte Mühe, durch das Eis hindurchzukommen.

Neun Todesopfer einer Explosion. Zwischen der Stadt Friedland in Ostpreußen und der Baustelle der ostpreussischen Kraftwerke hatten Kinder einen Sprengkörper gefunden, an dem sie sich zu spielen machten, so daß eine Explosion erfolgte.

Ein Eisenbahnzug unter eine Lawine begraben. Nach einer Depesche der Associated Press aus Tokio ging auf den Bahnhof der Station Atogawa eine gewaltige Lawine nieder, die einen Personenzug vollständig unter ihren Scherbenmassen begrub.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Freitag, den 10. Februar:

Wichtig! Jugendheim Charlottenburg, Vortrag: „Wie sollen wir wandern?“ - Mahlsdorf: Jugendheim Gemeindefrauen Waldteufelsstr. 21, Vortrag: „Das geistliche Erbe der Sozialdemokratie und ihre Wirkung auf den Sozialismus.“

„Sie wollen also wieder ins Ausland?“ „Ja! - Adieu, Herr Amtsvorsteher!“

„Hjarmar tat, als hätte er es überhört.“ „Apropos! Herr Hilde!“ begann er wieder und stellte sich ihm in den Weg.

„Sie mag bekommen, was sie haben will!“ kam es müde und unendlich gleichgültig.

„Denn strecke er die Hand aus: „Adieu, Herr Amtsvorsteher!“

Hjarmar aber tat, als sähe er die ausgestreckte Hand nicht, und rührte sich nicht vom Fleck.

„Ich habe bestimmte Gründe, Herr Hilde.“ sagte er mit seiner nervösen, schrillen Stimme. „Sie zu bitten, Ihren Aufenthalt hier zu verlängern.“

„Aber ich werde Ihnen eine Vollmacht hinterlassen.“ „Sie wollen also nicht bleiben, Herr Hilde?“

„Ich kann nicht! - Adieu!“

Diesmal drängte er sich an Hjarmar vorbei, aber dieser folgte ihm.

„Und Sie wollen mit dem ersten Morgenzug ins Ausland?“ fragte er.

Hilke verlor die Geduld. Er machte eine Wendung und sagte: „Das hab ich Ihnen ja schon gesagt!“

Dann blieb er vor dem Stuhl stehen, in dem Frau Helwig mit geschlossenen Augen zurückgelehnt ruhte.

„Leben Sie wohl, Frau Hjarmar!“ kam es leise, fast demütig, während er vor ihr stand und sein Blick auf ihrer weißen Stirn unter dem leichten Haar ruhte, auf ihren schlanken Händen, auf der anmen sieben Fingerringe.

Frau Helwig öffnete nicht die Augen. Sie bedeckte ihr Gesicht mit den Händen und beugte den Kopf wie zum Gruß.

Fräulein Selma trat vor ihren Stuhl und reichte ihm die Hand.

„Adieu, Herr Hilde!“ sagte sie freundlich und betrachtete teilnahmsvoll seine betrübten, dunklen Augen.

(Fortsetzung folgt.)

Groß-Berliner Parteinachrichten.

SPD-Stabsverbandenaktion. Die Kollegen werden gebeten, in der heute mit 12 Uhr beginnenden Versammlung pünktlich anzuwesend zu sein.

- 1. Kreis Wedding, Freitag, den 10. Februar, abends 7 Uhr, findet der Kursus der sozialistischen Bildungsschule in der Schule Wiesens...

Heute, Freitag, den 10. Februar:

108. Abt. Rheinl. 7 1/2 Uhr Voranbahnung bei Müller, Jungsozialisten. Gruppe Korbe: 7 1/2 Uhr in der Gemeindehalle...

Republikanischer Arbeiter' kann täglich von 9-5 Uhr in unserer Geschäftsstelle, Lindenstr. 3 (Berliner Platz), abgeholt werden.

Morgen, Sonnabend, den 11. Februar:

11. Abt. 7 Uhr gemüthliches Beisammeln bei Berger.

Arbeiter Sport.

Schwimmerverein 'Vormärts', Berlin 1907. Sonntag, den 12. Februar, im Stadtbad Wedding (Berlitzstraße) Vereinsabend...

Der Arbeiterschwimmersport.

Das Schwimmen muß als ein durchaus gesunder Sport bezeichnet werden. Im Sommer sammeln sich die Wasserfreunde...

wanterricht, wodurch besonders Jugendlichen Gelegenheit gegeben ist, diesen schönen Sport in seinen verschiedenen Formen sowie Sprünge zu erlernen.

Geschäftliche Mitteilungen.

Kloßensplitras ist laut Inserat in dieser Nummer zum Verkauf von 13.50 Mark je Liter 96 Raum (Flüssigkeit) 3 H. in Kleinhandel...

Im Dienste der Allgemeinheit haben ihr Leben eingesetzt und geopfert die Nothelfer. Student Adolf Eckhardt, Student Gerhard Richter, Bergbaubeflüssener Herbert Stentzel.

Berliner Asyl-Verein für Obdachlose! Einladung zur ordentl. Generalversammlung am Montag, den 27. Februar, nachm. 5 Uhr, Berlin W., Mauernstr. 24.

Ata Henkel's Scheuerpulver. putzt reinigt Alles! Ata eignet sich für alle Küchengeräte besonders auch für Öfen, Badewannen, Klosetts, Marmor, Steinböden.

Bei dem Eisenbahnunfall am 4. Februar d. J. auf Bahnhof Moabit fanden den Tod die technischen Nothelfer. Student Adolf Eckhardt, Student Gerhard Richter, Bergbaubeflüssener Herbert Stentzel.

Bezirksverband SPD. A. R. Greifbühlmann 33. Abteilung. Am Sonntag, den 13. Februar, verließ unser langjähriges Parteimitglied...

Deutscher Metallarbeiter-Verein. Verwaltungsbüro Berlin N 54, Lindenstraße 83 85. Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.

Sanitätsrat Dr. Wegscheider's Brust-Tee. Husten, Asthma u Lungenleiden.

Paul Harrodt nach oben tollendem 62 Lebensjahre. Um dieses Beileid bitten die trauernden Hinterbliebenen.

Bankgeschäft Gev. 1875 Berlin C 19, Petripl. 4 187A gegenüber d. Petrikirche Fernspr.: Zentrum 2572, 7103 u. 11541

Qualitäts-Raucher! Zigaretten-Fabriken. Guis Qualitäten von 50 Pf. an. Gener. Vertreter Fritz Loewe, Berlin-Friedenau.

Inserate im Vorwärts verbürgen Erfolg.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet! Als Selbstheilender Referenz in Qualität und Preise einzig dastehend.

Poliklinik f. innerliche Beratung für alle Haut-, Geschlechtskrankheiten, Syphilis, Harnröhrentiden, etc.

Restehaus Altes renom. Reste in Damen-Mantelstoff, Tuchen, Affenhaute, Covercoats, Homospun, Kostümstoffe...

Gold-, Silber-, Platin-Zahngelisse, Brillanten. Bick Invalldenstr. 144 Andreasstraße 37

Möbelfabrik Rob. Seelisch Berlin O 112, Rignor Str 71-73 a, 5 Min. vom Bf. Frankfurter Allee

Neukölln-Möbel-Vertrieb Ludwig Rogasner Kaiser-Friedrich-Straße 60 Ecke Anzengruberstraße

Technikum Strelitz (Mecklenburg) Günstiges Inge-nieur-Baufach 8-montemonteur: April-Nächster Vorbericht, Kurs-Jah. Progr. amsonst.

Petroleum Liter 8,50 M. Paul Rehfeld Drogehandlung Lindenstr. 107

Hosen kaufen, muß zu Hosen-Anders kaufen. A. Anders Beusselstr. 25

Gardinen! Sonderangebote u. Gelegenheitskäufe in Resten Stores, Bettdecken, Madras und Künstlergardinen.

Lederwaren Inventur-Verkauf vom 2.-16. Februar Friedrich Panneck, Sattlermeister, Neukölln, Bergstr. 135